

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 30 (1936)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was den meisten von uns besonders zu schaffen macht, ist der wirkliche oder scheinbare Zusammenbruch der *Abrüstungs- und Friedensbewegung*. Allerdings ist hier auch ein Licht der Verheißung aufgeleuchtet: die Weltbewegung des *Rassemblement pour la Paix*, die in Brüssel und Genf gezeigt hat, wie groß Friedensfehnfucht und Friedenswille in der Welt trotz allem sind. Auch das soll unser Herz stärken. Trotzdem — der Zusammenbruch ist zunächst groß. Der Völkerbund versagt nun wieder in der spanischen Sache. Die Friedensbewegung ist in neue Probleme gestürzt. Man kann angesichts der Tatsache, daß gerade der Pazifismus an der heutigen Lage eine Hauptschuld trägt, von seiner Tragödie reden. Wir sind an einem Ende. Wenn wir uns fragen, wo denn ein Weg sei, der zur Aufrichtung des Völkerbundes, zur kollektiven Sicherheit, zur Abrüstung und zur neuen Friedensbewegung führe, so muß ich für meine Person sagen: Ich sehe keinen solchen Weg. *Das alles liegt jenseits der Entscheidung, die nun kommen muß.* Alle Wege führen bloß zu diesem Punkte; die Entscheidung mündet in dieses Dunkel. Ja, aber in diesem Dunkel kann das *Licht* warten. Diese Entscheidung kann die *Hilfe* sein. Jenseits kann alles kommen, was wir hoffen — wiederkommen, besser kommen. Bei Gott sind rasche, große Wendungen möglich, und wo die Not am größten ist, da ist er am nächsten. Wir wollen dem großen Gott, dem Vater der Barmherzigkeit, vertrauen, daß die Entscheidung *gut* sei, *rettend* sei. Wir dürfen es.

9. Dezember.

Leonhard Ragaz.

Rundschau

Zur Chronik.

1. Spanien.

Kriegslage. Madrid scheint wirklich Marne und Verdun geworden zu sein. Franco ist im wesentlichen vor Madrid stehen geblieben, während die Basken nach Süden rücken. Das scheint auf folgende Momente zurückzuführen: Vor allem auf die *Internationale Brigade*, d. h. auf die herbeigeeilten Freiwilligen aus allen Ländern, besonders aus Deutschland, Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei, zum Teil kriegserfahrenen Männern. Von ihnen sind zu nennen: Ludwig Renn, der berühmte Dichter; Julius Deutscher, der einstige österreichische Kriegsminister; Durutti und de Rosa, die italienischen Antifaschisten; Beimler, der deutsche Kommunistenführer, der aus Dachau entflohen konnte, worauf seine Frau als Geisel an seine Stelle kam; Branchet, der Redaktor des zentralen belgischen Sozialistenorgans „Le Peuple“; Romilly Churchill, der siebzehnjährige Sohn von Winston Churchill. Von diesen sind Branchet, Durutti, de Rosa und Beimler gefallen, und Hunderte,

der Welt. Wenn ihre erfolgreiche Verwirklichung in Nord- und Südamerika fortschreitet, dann wird sie sich ausbreiten und andere Regierungsformen, die für die meisten von uns dem Ideal der Freiheit und des Fortschrittes zuwiderlaufen, verdrängen.“

ja Tausende ihrer Gefährten mit ihnen. Sie haben in Spanien die Ehre von Sozialismus und Demokratie gerettet. Dazu *Sowjet-Rußland!* Es muß durchaus festgestellt werden, daß dieses, soweit menschliche Mittel in Betracht kommen, durch Waffen und Menschen das republikanisch-sozialistische Spanien mit gerettet hat. Das bleibt ein sehr großes geschichtliches Aktivum. An Kriegsmaterial scheint es nun nicht mehr zu fehlen und auch nicht an Führung und Disziplin.

Das Grauen. Das Bombardement von Madrid ist in seiner apokalyptischen Furchtbarkeit ein Vorspiel dessen, was auf Europa wartet, wenn es sich auf der jetzigen Bahn weiter bewegt. Man vergesse nicht: Madrid ist eine offene Stadt und das Völkerrecht verbietet aufs strikteste eine solche Aktion. Aber das geniert die Verfechter von „Autorität und Ordnung“ (so nennt die „Neue Zürcher Zeitung“ sie) nicht im geringsten. Man stelle sich vor, um sich den Sachverhalt klar zu machen, daß schweizerische Obersten, denen das „rote Zürich“ (das ja auch nur sehr schwach rötlich schimmert) durch Luftbomben und Giftgase zerstört! Und Madrid ist eine Millionenstadt, die Hauptstadt des Landes, zu dessen Rettung sie marokkanische und andere Mord- und Raubbanden gegen es herbeiführen, seine Städte und Dörfer zu zerstören, seine Männer zu töten und seine Frauen zu schänden — ein rechtes Sinnbild dieser Art von Patriotismus und „nationaler Erhebung“. „Das Bombardement“, erklärt Franco, „wird bis zur Uebergabe von Madrid fortdauern. Wir werden ein Quartier nach dem andern zerstören. Das ist jetzt die einzige mögliche Lösung.“ Dabei werfen diese deutschen und italienischen Fliegerföldner, die Spanien „retten“, ihre Bomben mit Vorliebe auf Spitäler, Kinderpielplätze, auch etwa Eisenbahnzüge voll von evakuierten Kindern, hunderte von ihnen schwanger tötend. Der Leichnam des gefangenen Fliegers Dalarda, eines an Leib und Seele herrlichen jungen Mannes, wird mit ausgestochenen Augen und abgehackten Händen und Füßen durch einen Ballon den Seinen zurückgegeben. (Keine Erfindung!) In Rio Tinto sind neuerdings 1500 „Kommunisten“, d. h. auf Seiten der Republik stehende Arbeiter, erschossen worden. In Sevilla sei die Zahl der Opfer auf 8000 gestiegen. Der Korrespondent der eher rebellienfreudlichen „Times“ berichtet aus Xeres de la Frontera: Dort waren „kommunistische“ Arbeiter erschossen worden. Darüber empört, erklärten zwölf Frauen, streiken zu wollen und teilten dies dem Militäركommandanten mit. Was war die Antwort? Sie wurden sofort selbst erschossen.

Daneben erscheint die Zerstörung von *Kunstschatzen* (Palast Alba, Haus Velasquez, Escorial usw.) nicht erwähnenswert, obwohl auch da Unschätzbares vernichtet wird. Erwähnenswert aber ist, daß spanische „gottlose“ Arbeiter die Werke der Heiligen Theresa und des Juan de la Cruz aus dem Feuer retten, das durch die Bomben der „nationalen Renaissance“ verursacht worden ist. Der Vorschlag, für die Zivilbevölkerung eine „neutrale Zone“ zu schaffen (der vom „Roten Kreuz“ ausging) ist mit Recht auch von der Regierung abgelehnt worden. (Denn das wäre wie eine Rechtfertigung für die Zerstörungen der übrigen gewesen.) Dagegen wird diese Zivilbevölkerung, die Unfähiges leidet, nach Möglichkeit abtransportiert, wobei dann etwa „neutrale“ Bomben auf die Züge geworfen werden.

Die übrige Welt. Wie anderwärts berichtet ist, haben *Deutschland und Italien* die Mordbrenner als „rechtmäßige Regierung“ anerkannt, wohl um sie zu ermuntern und selbst nach Herzenslust „nichtinterventionieren“ zu können. Deutschland schickt als Gefandten den General Faupel. Albanien und Nicaragua ahmen das Beispiel nach und um die Ehre dieser Gesellschaft nicht zu verlieren, rät die „Neue Zürcher Zeitung“ der Schweiz, das gleiche zu tun. (Eben wegen der „Autorität und Ordnung“ — d. h. wohl wegen schweizerischen Industrie- und Bankaktien.) Deutschland und Finnland machen ihre Gesandtschaftsgebäude zu Arsenalen, Kasernen, Asylen für Faschisten, Spionage- und Propagandazentren. Mussolini verspricht der geplanten Blockade von Barcelona seine „moralische Unterstützung“ und versichert Franco seiner „Sympathie“. Von den 5000 Deutschen, die in Cadiz, und den 2500 Italienern, die in Algeciras gelandet sind, ist anderwärts die Rede. Es wird behauptet, Hitler habe beschlossen, 40 000 Mann und alles, was dazu gehört, zu senden, Mussolini gar 60 000. Jedenfalls „arbeiten“ neben ihren Luftflotten ihre Kriegsschiffe in den spanischen Gewässern, torpedieren

Kriegsschiffe der Regierung, beschließen und kapern norwegische (!), russische, englische Handelschiffe, leisten den „Nationalen“ jeden erdenklichen Dienst. Was wird daraus werden, wenn nicht England und Frankreich endlich dazwischenentreten?

Das Interventionskomitee bleibt eine Farce. Die durch den Vorsitzenden Edwards von Chile (das zwischenhinein extra unter Verrat am Völkerbund den Raub Abessiniens anerkennt) wohl nicht ohne Einverständnis mit Eden und Delbos verschleppte Sitzung des *Völkerbundsrates* soll von vornherein nur von subalternen Politikern besucht werden und eine bloße nichtsagende „Geste“ machen.¹⁾ Der Plan, in Spanien auf eine Volksabstimmung abzustellen, scheint ausichtslos. Im englischen Parlament kommt es zu einer großen Debatte über die Spanienpolitik, deren Ergebnis ein Sieg der sogenannten Nichtinterventionspolitik der Regierung bleibt. England will bloß seinen Handel wahren und zu diesem Zwecke seine Handelschiffe durch Kriegsschiffe begleiten lassen. Das Embargo auf Kriegslieferungen aber soll verschärft werden, was sich wieder zu ungünsten der Regierung auswirkt. Immerhin wird behauptet, daß englische und französische Kriegsschiffe durch geeignete Aufstellung Barcelona teilweise schützen. Dem bekannten radikalen Friedenskämpfer *Dick Sheppard* wird aber verboten, zur Friedensvermittlung nach Burgos zu fliegen. Und inzwischen ist Mrs. Simpson für die Engländer wichtiger als die Millionen von gefährdeten, leidenden, getöteten spanischen Frauen und Kindern.

Endlich, endlich aber ist von *Intervention* im Sinne von Friedensvermittlung die Rede.

Republik und Demokratie, nicht Sowjet. Die reaktionäre Weltläge will immer wieder das republikanisch-sozialistische Spanien und, was doppelt lächerlich ist, das anarchistische Katalonien zu einer russischen Sowjetkolonie machen. Demgegenüber hat neuerdings *Largo Caballero* im Namen der Regierung erklärt, daß der Kampf durchaus für die *Demokratie* und die *parlamentarische Republik* geführt werde. Und die „Humanità“ von Barcelona erklärt: „Wir kämpfen für ein föderatives Spanien, für ein Spanien, das von der Tyrannie privilegierter Kasten befreit ist, für ein Spanien, das geschaffen und vor der Wut rebellischer Militär gerettet zu haben Kataloniens Stolz sein wird.“

Spanische *Intellektuelle* aber erklären neuerdings in einem Aufruf, daß sie stolz seien auf den spanischen *Arbeiter*, der unter Lebensgefahr Bibliotheken und Kunstschatze rette.

II. Weltpolitisches.

I. Außer Europa. China und Japan. In *Nordchina* stößt Japan neu vor, um sich mit Hilfe von gekauften Mongolenfürsten eine immer bessere Angriffsbasis gegen Rußland zu schaffen. Diesem Vorgehen wie andern Versuchen ähnlicher Art setzt China einen verstärkten Widerstand entgegen.

Brasilien. Dem revolutionären Führer *Carlos Prestes* (den man natürlich zum Kommunisten macht) soll Erschießung drohen. Internationales Aufsehen ist nötig.

Die Frauen *Olga Benario Prestes* und *Elisa Ewert* sind durch Brasilien der Gestapo ausgeliefert worden und sollen nun in Berlin sein. Wo? Die Frauenliga erlaßt einen Aufruf für sie. Auch sie sind schwer gefährdet.

Nordamerika. Die Niederlage der Demagogie bei der Präsidentenwahl ist so groß, daß sich der Radiopriester *Father Couphlin* aus der Politik zurückzieht. Was großer Gewinn ist. Es sollen nur zehn Prozent seiner Anhänger für seinen Kandidaten gestimmt haben. Oder ist er ein vom Vatikan gewährter Preis für Zugeständnisse? *Pacelli* war ja in Amerika.

Roosevelt sei in Südamerika ein triumphaler Empfang bereitet worden. Es soll auf dem *panamerikanischen Friedenkongreß* in Buenos Aires ein Instrument geschaffen werden, um, nach Roosevelts Ausdruck, den Krieg aus der Neuen Welt

¹⁾ Es ist wenigstens zu einer wertvollen Rede *Del Vayos*, einer würdigen Verhandlung und einer nicht ganz schlechten Resolution gegen die Friedensbrecher und Gewalttäter gekommen.

14. Dez.

zu bannen. Im Falle eines trotzdem ausbrechenden Krieges sollen die andern Staaten dem Angreifer keine Waffen und sonstige Kriegsmaterialien liefern. (Sich „neutral“ verhalten.)

Der Tendenz zur Absonderung vom Völkerbund stünden sowohl Roosevelt als Saavedra Lamas entgegen.

Palästina. Die von den Arabern vorläufig nicht anerkannte Königliche Kommission hat ihre Arbeit begonnen.

2. In Europa. *Frankreich.* Die Patrioten schaffen ihr *Gold* in gewaltigen Mengen nach den Vereinigten Staaten.

Es soll eine neue *Kolonialpolitik* eingeleitet werden.

In der Kammerdebatte über die äußere Politik wurde wieder darauf aufmerksam gemacht, daß 80 Prozent der *deutschen Truppen* gegen *Frankreich* konzentriert seien. Der Nationalist Kerillis erklärt: „Jedesmal, wenn Hitler eine Rede hält, so geschieht es, um die russische Gefahr zu verkündigen, aber jedesmal, wenn er eine Kanone oder einen Soldaten deplacierte, so geschieht es, um sie gegen uns zu plazieren.“

England. Eine große Rüstungsdebatte im Parlament lässt die Wucht und Ausdehnung der englischen Kriegsvorbereitung ahnen.

Die *Heiratstragödie* Eduards des Achten, die mit seiner Abdankung endigte, entbehrt nicht eines tiefen menschlichen Interesses. Sie wird Gegenstand von manchem Drama werden. Der Ausgang ist traurig. Richtig wäre gewesen: Heirat — trotz allem — unter Beibehaltung der Krone (man hätte das zugestehen sollen), oder dann, noch richtiger, entschiedener Verzicht der Frau Simpson.

Italien. Die „Eroberung“ *Abessiniens* gehe vorwärts. Wenn ja, dann gewiß vor allem mit „silbernen Kugeln“. Die Anerkennung des Raubes durch Frankreich und England wird heiß erstrebt. Dafür gälten die Balearen als Pfandpreis und Erpressungsmittel. Österreichs und Ungarns wie Chiles Anerkennung genügt doch nicht — auch nicht die Albaniens. Eine „Verständigung“ mit England über die Mittelmeerinteressen sei im Werke.

Der *Korporativstaat* soll nun durch das *Korporativparlament* gekrönt werden. Es fehlt immer nur eine Kleinigkeit: die wirkliche Korporation, die sich eben nicht dekretieren lässt.

Die *Auflehnung* gegen das Regime sei wieder stark gewachsen. In Terni (Umbrien) seien 300 Arbeiter, weil sie ihre Sympathie für die spanischen Brüder durch eine Sammlung kundgetan, zu furchtbaren Strafen verurteilt worden, 5 zum Tode, 25 zu je 30 Jahren Zuchthaus. Schwere Verfolgung erleiden auch die Angehörigen der auf Seiten der Volksfront in Spanien kämpfenden. Auf der Insel Ponza müssen Lungenkranke mit den andern zusammen in einem üblen Schlafraum weilen. Die Bibliothek, die sich die Gefangenen geschaffen, ist von den Schwarzhemden beschlagnahmt, ihr Konsumverein (*Cooperativa*) aufgelöst worden.

Deutschland. Der *deutsch-japanische Pakt* ist nicht von Hitler und Neurath, sondern von Ribbentrop und Göbbels unterzeichnet.

Die ganze deutsche Jugend wird nun endgültig in der *Hitler-Jugend* zusammengefaßt und ihrem „Führer“ die Eigenschaft eines Reichsbeamten verliehen. Die Maßregel richtet sich besonders gegen die römische Kirche und bedeutet überhaupt neue Not für zahllose Väter und Mütter.

Göbbels verbietet die *Kunstkritik*. Man soll nur noch „Kunstbetrachtung“ oder ähnlich sagen. Dagegen werden Karl der Große und Goethe rehabilitiert.

Auf *Devisenverheimlichung* ist nun *Todesstrafe* gesetzt. Auch ein Zeichen!

Eine neue *Ausbürgerung* ist erfolgt: Thomas Mann, Wilhelm Sollmann, Rudolf Olden und Konrad Heiden (diese beiden für ihre Hitlerbücher), Wilhelm Koenen, der Kommunistenführer, Professor Dietrich von Hildebrand, der bekannte katholische Schriftsteller. Usw.

Schwerste *Verfolgungen* und *Prozesse* gegen Sozialisten, Kommunisten, Pazifisten, Juden, Menschen gehen unaufhörlich weiter.

III. Friedensbewegung.

Es ist der Vorschlag gemacht worden, sogenannte *Lieux de Genève* zu schaffen, d. h. Orte, an die in Kriegszeiten die Zivilbevölkerung sich retten könnte. Utopie! Besser wäre, „Genève“ täte seine Pflicht!

Neuerdings ist viel von einem wunderbaren *Schutz gegen die Luftangriffe* die Rede. Unsichtbare stählerne Netze sollen an Ballons befestigt werden, worin sich die Flugzeuge verfangen, ein feiner, unsichtbarer Eisenstaub in der Luft verbreitet werden, der die Motoren sofort stillstelle. Wer's glaubt!

In Zürich zeigen sie nun einen unterirdischen „*Luftturm*“, der eine Zuflucht gegen die Luftgefahr sein soll. Wie viele Beschauer es wohl gelüsten mag, eines Tages dort einzukehren?

Mit *Basil Zaharoff*, dem internationalen Rüstungskönig (man kann auch anders sagen!) ist einer der Dämonen unserer Zeit von dem sichtbaren Schauplatz dieser Erde geschieden. Ein *menschlicher* Zug an ihm sei seine Liebe zu Griechenland, seiner Heimat gewesen, für das er viel von seinem Gelde geopfert habe.

Neben *Offietzky* hat der argentinische Politiker *Saavedra Lamas* für große Verdienste um Völkerbund und Völkerrecht den *Nobelpreis* erhalten.

Avenol, der Generalsekretär des Völkerbundes, den auch ich mir als verrosteten Bureaucraten vorgestellt, kann doch kein solcher sein. Er hat in England an verschiedenen Orten einen sehr tapferen Vortrag gehalten, worin elementare Wahrheiten gesagt wurden. Er warnt besonders auch vor einer „*Angst vor dem Kriege*“, die den Krieg herbeiführe.

Kraschutzky soll doch leben, im Gefängnis auf Mallorca.

IV. Wirtschaftliches.

In den Vereinigten Staaten schützt nun der *Oberste Gerichtshof* die *Sozialversicherung*. Ob wohl infolge der Wahlen?

Der große *Seeleutesstreik* gehe einer Schlichtung entgegen.

V. Sozialismus.

In Rußland folgen nun den „*Trotzky-Prozessen*“ Prozesse gegen angebliche „*Faschisten*“, meistens Deutsche, die man der Arbeit im Dienste der Gestapo beschuldigt. Wie es scheint, nicht immer mit Unrecht. So im Falle des Ingenieurs *Stickling*, der zum Tode verurteilt, aber dann, offenbar auf dringendes Anraten von England und Frankreich, zu zehn Jahren Zuchthaus „*begnadigt*“ wurde.

Die österreichische „*Arbeiter-Zeitung*“, die in Brünn (in Mähren) hergestellt und von dort massenhaft nach Österreich gebracht wurde, darf nun in Brünn nicht mehr hergestellt werden. Das ist eine Konzeßion an Schuschnigg.

Die beiden „*Zweiten Internationalen*“ fordern die Arbeiter auf, keine Waffen an die spanischen Rebellen zu liefern. Das geschieht auch da und dort.

VI. Religion und Kirche.

1. *Katholizismus*. *Pacelli* habe doch vor allem *antikommunistische Propaganda* getrieben, ohne sich im übrigen über den Nationalsozialismus zu täuschen.

Aus Abessinien sind alle protestantischen Missionen vertrieben worden. So 22 schwedische Aerzte, Krankenschwestern und Missionare. Rache! Nur die englisch-amerikanische Sudan Interior Mission bleibe erlaubt. Im übrigen kommt nun auf den Hyperitwolken Christus von Rom nach Abessinien.

2. *Protestantismus*. Der Nationalsozialismus kehrt wieder stärker seine christentumsfeindliche Tendenz hervor. Neue schwere Kämpfe scheinen bevorzustehen.

Ein sehr eifriger Leser der „*Neuen Wege*“ war der kürzlich in einem noch rüstigen Alter verstorbene protestantische Bischof *Waldemar Amundsen* in Haderslev. Er war einer der Geistlichen, denen das Reich Gottes wichtiger ist als die Kirche und die darum die Kirche dem *Reiche Gottes* dienstbar machen wollen. Dieses Ziel suchte er auch in der Mitarbeit an der *ökumenischen* Bewegung, besonders der Stockholmer, zu verwirklichen. Besonders lag ihm auch die *Friedenssache* am Herzen. Aber auch dem ganzen *sozialen* Problem war er aufgeschlossen. Ein besonders

wichtiger Teil seines Lebenskampfes galt seiner religiösen und politischen Auseinandersetzung mit *Deutschland*. Darin besonders hat er sich mit dem Schreibenden zusammengefunden. Dieser wird dem weit- und warmherzigen, geistig bedeutenden Mann ein dankbares Gedächtnis bewahren.

Im Bafler Großen Rat hat eine Debatte über die *Abschaffung der theologischen Fakultät* stattgefunden. Sie ist zuletzt durch den „Agnostiker“ (d. h. Nichtgläubigen) Thalmann gerettet worden, mit der Argumentation, es sei doch ganz interessant, daß auch diese Probleme etwa an der Universität verhandelt würden. Im übrigen war die Stimmung wenig günstig — trotz oder wegen Karl Barth?

In der Zürcher Synode interpellierte die religiös-soziale Fraktion durch ihren Sprecher, Pfarrer Trautvetter, wegen dem *Läuten der Kichenglocken* zu Ehren der gelungenen *Wehranleihe*. Der Kirchenrat gab ihr, mit den üblichen offiziellen Halbherzigkeiten, recht, was die „Neue Zürcher Zeitung“ als „die Grenzen des Erträglichen beinahe überschreitend“ empfand. Schade, daß die Grenze nicht überschritten wurde! Unrecht hatte der Vertreter des Kirchenrates jedenfalls, wenn er behauptete, das Volk habe im allgemeinen das Läuten nicht als kirchlichen Akt empfunden. Ebenso, wenn er den Verdacht des „Waffensegnens“ empört ablehnte. Die Waffen segnet nicht bloß, wer Weihwasser auf sie spritzt.

Eine vielfagende Mitteilung macht „Jugend am Werk“, dieses hocherfreuliche Organ einer revolutionären katholischen Jugend. Es wird sein Erscheinen einstellen und in eine neue Form übergehen: „Ruf zur Wende, Monatsblätter für alle Menschen guten Willens“. Den Grund dieses Entschlusses bildet nach der Erklärung der Redaktion und des Verlages *die Verzweiflung an der Haltung der Kirche!*

Dem neuen Blatt unser Gruß und Segenswunsch. Möge es eine würdige Fortsetzung von „Jugend am Werk“ sein!

VII. Kultur und Unkultur.

Wladimir Tschertkoff, einer der beständigsten und treuesten Freunde Tolstois, ist 82jährig gestorben.

Die *Studentenschaft* der Universitäten von Wilna und Warschau verlangt eine extra Ghetto-Abteilung für die jüdischen Studenten. Was lernen diese Jungen eigentlich auf Gymnasium und Universität?

Die Kirchenpflege Neumünster hat die Vermehrung der *autofreien Sonntage* angeregt. Bravo! Der Kirchenrat leitete aber (leider!) die Sache an den Verein für Sonntagsfeier weiter. Er hat eine schöne Gelegenheit verfäumt, etwas zu Gottes Ehre zu tun.

Im englischen Oberhaus ist nach ernster Verhandlung ein Antrag auf *Erlaubnis für die Aerzte, unheilbar Kranke mit ihrer Einwilligung zu töten*, abgelehnt worden, vor allem mit der Begründung, daß es gelte, die Unantastbarkeit des Lebens zu wahren. Interessant, daß ein Ueberpazifist wie Lord Ponsonby dafür war.

Gandhi hat einen großen Sieg errungen. Die Regierung der Provinz Taran-corre hat die Zulassung der Parias zu den Tempeln beschlossen. Ein großes Ereignis! 10. Christmonat.

Zur schweizerischen Lage.

Die Schweiz an Weihnachten und Jahresende.

Die Signatur des Jahres 1936 für die Schweiz ist unzweideutig: *Niedergang — unaufhörlicher, zuletzt katastrophaler Zusammenbruch*.

Zusammenbruch vor allem der *Demokratie*. Er trat zunächst in der Form der zur Regel werdenden sogenannten *Dringlichkeitsbeschlüsse* auf, die, fast immer ohne wirkliche Dringlichkeit, zur Funktion der Diktatur des Bundesrates wurden — und was für eines Bundesrates! Der diktatoriale Inhalt dieser Beschlüsse war zum Teil *militärischer* Natur. Zuerst kam der *Lufschutz-Ukas*, dann der *Kommunistenerlaß*, der nur eine Einwickelung der eigentlichen, gegen den Antimilitarismus und den noch etwa vorhandenen Sozialismus gerichteten Spitze war. Diese ist nun im „*Staatschutzgesetz*“, d. h. in der Aufhebung von Gesetz und Verfassung zum Schutze der Reaktion vor jeder freien Kritik und Herbeiführung der faschistischen Schweiz offen herausgetreten. Davon nachher!

Eine besondere Form dieser Diktatur bildet die immer weiter gehende Unterdrückung der *Pressefreiheit*, *Redefreiheit*, *Verksammlungsfreiheit*. Sie hält etwa den Schild der Neutralität vor, hinter dem sich eine entschlossene und leidenschaftliche Parteinahme für den Faschismus verbirgt. Zuerst trat das deutlich hervor in dem *Verbot des Boykottes der italienischen Waren*. Viel eklatanter und viel schmälicher dann besonders in der Unterdrückung aller Aeußerungen der Sympathie für das gegen eine militärische Räuberbande kämpfende republikanische und demokratische Spanien. Und ungefähr ebenso traurig für die Ehre der Schweiz ist die Verhinderung und moralische Mißhandlung von sozialistischen Rednern, wie Léon Jouhaux und Isabelle Blume, während gleichzeitig faschistische, wie Degrelle und Dorgères, in voller Oeffentlichkeit Frankreich beschimpfen und die Demokratie untergraben dürfen. Dazu gesellten sich dann die *Verbote von Literatur*, die den Herren Etter, Motta, Baumann, Pilet-Golaz und dem Herrn Stämpfli nicht gefällt. Die „Humanité“ darf nicht mehr in die Schweiz, auch nicht die „Prawda“ und „Iswestia“, drei Weltblätter von höchster Wichtigkeit, wohl aber Schmutz- und Schundblätter, wie der „Gringoire“ und die „Action française“, auch bestochene Skandalblätter, wie der „Matin“ und andere dieser Art, wenn sie nur reaktionär genug sind. Neuerdings nimmt sich Herr Stämpfli noch intensiver der Lektüre seiner Mit-eidgenossen an. Er lässt Werke von Lenin und Marx nicht transportieren und bildet sich ein, fast hundert Jahre nach seinem Erscheinen das „Kommunistische (= sozialistische) Manifest“, ein Dokument der Weltgeschichte, unterdrücken zu können. Er lässt seine Gestapo („Bupo“) in die Wohnung eines „freien Schweizers“ zu Madretsch bei Biel eindringen und dort einen Büchervorrat durchstöbern. Ich kenne diese Bücher des Fackelreiter-Verlages ein wenig. Keine Spur von Kommunismus und Anarchismus — und wenn übrigens auch: was geht das Herrn Stämpfli an? —, sondern hauptsächlich Bücher gegen den Krieg. Z. B.: „Wir vier von der Infanterie“, „Wahneuropa“, „Im Welten nichts Neues“, „Westfront 18“, „Die blutige Internationale“.

Nebenbei: Es wäre interessant, wenn man einmal die Bibliothek der Herren Stämpfli und Balsiger und dazu die von Motta, Etter und Baumann auf diese Weise revidierte, um zu erfahren, was sie denn lesen und ob sie in der Lage sind, die geistigen Bewegungen, gegen die sie den Büttel auschicken, auch nur zu beurteilen. Man möchte in dieser Beziehung diese Herren und andere, etwa eine Reihe von Redaktoren, einem Examen über Marxismus, Kommunismus, Anarchismus unterziehen. Es gäbe wohl eine interessante Stunde für sie, den Examinator und allfällige Zuhörer. Freilich beeilen sich die Herren, eine solche „Gefährdung der Sicherheit der Schweiz“ rechtzeitig zu verhindern — daher das Gesetz zum Schutze des Bundesrates und der höheren Militärs vor Kritik. Auch das Radio bringen sie zu diesem Zwecke immer völliger in ihre Macht.

Hand in Hand damit geht die ganze Miserabilität unserer äußeren Politik. Ihren Tiefpunkt erreicht sie jeweilen mit der *Haltung Mottas in Genf*, ihrer Preisgabe aller Lebensinteressen der Schweiz, ihrer Mitarbeit mit Laval an der Zerstörung des Völkerbundes und der Verhinderung eines Durchbruchs der Friedensordnung der Welt. Gekrönt wird diese Schande der Schweiz durch die offizielle Behandlung des *Negus* auf der einen und der faschistischen Journaille auf der anderen Seite, wozu dann noch die Verhöhnung durch die einheimische faschistische Kanaille des Georges Oltramare kommt. Durch das ganze Jahr zieht sich die Parallellinie des Servilismus gegen Rom und Berlin und der Schneidigkeit gegen Moskau — das ferne Moskau, das in der Schweiz nichts bedeutet. Die unaufhörlichen Maßregelungen von wirklichen oder angeblichen Kommunisten und die elende Behandlung der *Emigranten*, wenn sie Sozialisten, Demokraten, Pazifisten sind, hebt sich herrlich ab gegen die Duldung der tödlichen Propaganda und Agitation des Nazismus, die Ausbreitung der zum Teil noch dazu bloß imaginären Stäubchen, welche die Razzia gegen die „Kommunisten“ zusammengebracht hat, gegen die Verheimlichung der Bergelasten von Material, und zwar wirklichem, das die wirkliche Gefährdung der Schweiz zeigen würde. Es sei zur Erläuterung an den Fall Eisenegger erinnert, wo einer der Sozialisten, die auf einem regierungs-

rätlichen Stuhle sitzen, enthüllend eingegriffen hat, an die juristisch verbrämte Zu-deckung der Affäre Colombi, an das Verhalten im Falle Gustloff, an die Deckung des die Schweiz an Hitler-Deutschland denunzierenden militaristischen Regisseurs Hausamann und als Gegenbeispiel dann die Behandlung des linksstehenden und daher dem System mißliebigen Journalisten *Fritz Heberlein* in Zürich, der etwas vom Nazi-Kehrichthaufen aufdeckt, was die Herren gerne verheimlicht hätten, und dafür Knall und Fall fünf Tage ins Gefängnis gesteckt wurde, wo er, der Mann geistiger Arbeit, nicht einmal Lektüre haben durfte, oder an den Fall des Schriftstellers *Hans Mühlstein*, der von der Polizei aus seiner Wohnung gerissen und für achtundvierzig Stunden ins Gefängnis geworfen wird, weil er Freiwillige für die spanische Regierung angeworben habe. (Er ist wegen seiner leidenschaftlichen Parteinahme für die Volksfront verhaft — ihre *Gegner* aber dürfen tun und sagen was sie wollen.) Der einzige Lichtblick in all dieser schweizerischen Dunkelheit ist das Eintreten von weit über hundert Parlamentariern für *Offietzky* — sehr zum Ärger Mottas. Neuerdings aber hat sich zu all jenen Schmählichkeiten noch der Fall des Basler Medizinprofessors von *Gerlach* gesellt, der auf mannigfache Art der fortgesetzten Nazipropaganda überführt ist, aber entgegen einer Maßregel des mehrheitlich sozialistischen Regierungsrates durch ein mehrheitlich reaktionäres Gericht wieder in sein Amt eingesetzt und von seinen natürlich hochnationalen Studenten mit Blumen und Beifallsdemonstrationen begrüßt wird.

Aber wie gesagt, diesem geschmeidigen Rücken gegen Rom und Berlin entspricht der steife gegen Moskau. Zwar mußte in der diesjährigen *Rußlanddebatte* Motta sich auf die Kapitulation rüsten, aber er hat doch noch einmal den Zustimmungsapparat, der unsere Bundesversammlung geworden ist, in Bewegung setzen können und die Schweiz muß die „private“, d. h. von Freiburg und Rom bestimmte Außenpolitik des Herrn Giuseppe Motta mit Hunderten von Millionen bezahlen, die ihr aus Rußland an Verdienst zugeflossen wären, und wohl mit noch mehr. Die Einreihung der Schweiz in den sogenannten antikommunistischen, d. h. anti-demokratischen Block ist faktisch verwirklicht, auch wenn sie nicht formell ausgesprochen wird. Das sogenannte Gesetz zum Schutz von Staat und Armee gibt die Schweiz als Staat und Volk vollends zugunsten jenes Blockes auf. Denn das ist seine Bedeutung!¹⁾

Die Kommunistenhetze hat auch in den Kantonen lustig eingesetzt. In Basel hat sich, ganz offenbar unter Mithilfe eines Teils der Arbeiterschaft, das Schmähliche ereignet, daß eine Volksabstimmung die Mitglieder der kommunistischen Partei von allen Aemtern ausschließt. Der neue reaktionäre Staatsrat von Genf ist eilig nachgefollgt. Im Aargau und in Alt fry Rätien (!) verbietet man kommunistische Versammlungen gegen die Bundesratsdiktatur wegen „Gefährdung der Sicherheit des Landes“.

Vor allem äußert sich dieser Geist in der wilden Hetze gegen die Volksfront in Spanien und Frankreich (was beweist, daß diese ein *guter* Weg ist), und gegen den Vertreter dieser Tendenz, der *Nicole* ist. Einem lange vorbereiteten Feldzug,

¹⁾ Vor der militärischen Nazi-Spionage der Deutschen in der Schweiz mußte letzthin sogar Bundesrat Minger warnen. Eines ihrer Organe ist besonders die „*Deutsche Studentenschaft*“. Sie wird zur Durchforschung der Schweiz in diesem Sinne förmlich dressiert.

Ein sehr unnötiges Zugeständnis an den Nazismus war die Zulassung des berüchtigten Verteidigers der Fehmemörder, des Reichsdeutschen Grimm, zum Anwalt im *Frankfurter-Prozeß*, der in diesen Tagen in Chur stattfindet. Wie weit wir auf dieser Linie gekommen sind, zeigt die Aeußerung eines großen französischen Blattes, und zwar eines bürgerlichen („L’Oeuvre“) in bezug auf die Länder, die für den faschistischen Block vor allem in Betracht kommen: „La Hongrie, la Suisse, l’Autriche et surtout la Roumanie seront les pays particulièrement visés par la propagande Allemande.“ (Ungarn, die *Schweiz*, Oesterreich und vor allem Rumänien sind die Länder, welche die deutsche Propaganda dabei ganz besonders ins Auge faßt.)

auf den eine Kraft und Leidenschaft verwendet wurde, als gälte es die Rettung der Welt, ist nun dieser Vielgehaßte erlegen. Aus dem Genfer Staatsrat sind jetzt die Sozialisten ausgeschlossen und vierzig Prozent der Bevölkerung damit um ihre Vertretung gebracht. Das begrüßen auch solche, die sich zu der „vorbehaltlosen Demokratie“ bekennen. Es ist ein Zeichen der Degeneration unseres Sozialismus, daß er diese Niederlage aufs Konto der Nicolschen Verbindung mit dem Kommunismus setzte. Was für Mängel an Nicols Person und Politik auch haften mögen, er hat doch gezeigt, daß man nicht unbedingt aufhören muß, ein Sozialist zu sein, wenn man ans Regieren kommt. Seine Verwaltung hat dem Sozialismus Ehre gemacht, und mehr als einmal hat er auch die Ehre der Schweiz gerettet.

In zwei Aeußerungen aber gipfelte im übrigen der ganze Geist dieser Politik: *In der Sabotierung der Sanktionen des Völkerbundes gegen den italienischen Raubüberfall auf Abessinien und in der Verunmöglichung der großen internationalen Friedensdemonstration des Rassemblement universel pour la Paix auf dem Boden der Schweiz.*

Diese letztere Tatsache bildete die rechte Folie für den Sinn der militärischen *Landesverteidigung*, die in diesem Jahre — neben dem zur „vorbehaltlosen Demokratie“ — das Credo der Schweiz geworden ist. Man hebt mit der Demokratie die Schweiz auf, zerstört den Völkerbund und die übernationale Rechtsordnung, unseren einzigen wirklichen Schutz, fördert unsere einzigen Feinde, verhindert die Friedensbewegung — was vielleicht vor Gott doch ein schwerer Frevel sein könnte, oder? — und läutet dann die große Glocke für die Wehranleihe, das drei Prozent Zins eintragende große Opfer eines Volkes, das für den Alkohol *jährlich* das Doppelte jener 330 Millionen ausgibt, nämlich 600—650 Millionen. Aber der Militarismus hat in der Schweiz ein gutes Jahr gehabt. Sein Weizen blüht. Ob das Segen für die Schweiz bedeutet, wird sich ja zeigen.

Inzwischen ist Hand in Hand mit dem Zusammenbruch der Demokratie und der schmählichen Außenpolitik der Zusammenbruch der *Wirtschaftspolitik* des Bundesrates gegangen. Er hat sich völlig unfähig erwiesen, der wirtschaftlichen Probleme irgendwie Herr zu werden.¹⁾ Das Ende war, nachdem noch kurz vorher ein „Dringlichkeitsbeschuß“ jede Kritik am „Landeskredit“ als eine Art Landesverrat abgestempelt und mit den schwersten Strafen bedroht worden war — *die Abwertung*.

Werner Schmid hat in einer neuen Schrift: „Abrechnung mit dem Bundesrat“ diesen Sachverhalt ohne Feigenblatt dargestellt. Auch sie sei den Lesern warm empfohlen.

Einen Ersatz für tüchtige Leistung und zugleich eine Fortsetzung der faschistischen Linie der Innen- und Außenpolitik des Bundesrates und der hinter ihm stehenden Mächte bildet nun das sogenannte *Gesetz zum Schutze der öffentlichen Ordnung*. Nun ist also der Schuß heraus — der umgekehrte Tellenschuß, der Tell trifft, nicht Geßler. Es sind zweiunddreißig Artikel. Die meisten, die gegen die Kommunisten gerichteten, sind bloß „Tarnung“, und vollends gilt das von den nach „rechts“ gerichteten. Das ist bloß „Geste“. Auf dieser Linie ist relativ am wichtigsten die verlangte carte blanche für das *Verbot der kommunistischen Partei*. Ein Anfang, dem dann Wichtigeres, Ernsthaftes, folgen würde. Für diesmal wesentlich sind die gegen allen *Antimilitarismus*, ja jede ernsthafte Friedensbewegung gerichteten Bestimmungen. Es sind folgende:

Art. 14. Wer vorsätzlich den Verordnungen oder Beschlüssen zuwiderhandelt, die der Bundesrat in Anwendung dieses Bundesbeschlusses oder des Art. 102, Ziff. 8, 9 und 10, der Bundesverfassung erläßt, wer zu einer solchen Zu widerhandlung auffordert, wird, sofern keine schwerere Strafbestimmung zutrifft, mit Gefängnis bestraft. Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Buße.

Art. 15. Wer öffentlich zum Ungehorsam gegen militärische Befehle, zu Dienstverletzung, zu Dienstverweigerung oder zum Ausreißen auffordert, wer einen

¹⁾ Etwas Gutes hat der Bundesrat getan: Er hat eine Petition auf Vergrößerung der Summen, um die in den Kursälen gespielt werden dürfe, abgelehnt.

Dienstpflichtigen zu einer solchen Tat verleitet, wird mit Gefängnis bestraft. Geht die Aufforderung auf Meuterei oder auf Vorbereitung einer Meuterei aus oder wird zu Meuterei oder zur Vorbereitung einer Meuterei verleitet, so ist die Strafe Zuchthaus oder Gefängnis.

Art. 16. Wer eine Vereinigung gründet, die bezweckt oder deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, die militärische Disziplin zu untergraben, insbesondere Dienstpflichtige zu Ungehorsam gegen militärische Befehle, zu Dienstverletzung, zur Dienstverweigerung oder zum Ausreißen zu bewegen oder zu verleiten, wer wissentlich einer solchen Vereinigung beitritt oder sich an ihren Bestrebungen beteiligt, wer zur Bildung solcher Vereinigungen auffordert oder deren Weisungen befolgt, wird mit Gefängnis bestraft.

Art. 17. Wer öffentlich wider besseres Wissen unwahre Behauptungen tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet sind, die Armee verächtlich zu machen, wird mit Gefängnis bestraft. In geringfügigen Fällen kann auf Buße erkannt werden.

Art. 18. Wer eine im Dienste stehende Militärperson in der Ausübung des Dienstes hindert oder stört, wird mit Gefängnis oder Buße bestraft. Wer die Tätigkeit der Truppe stört und gefährdet, wer insbesondere der Truppe dienende Verkehrs- und Nachrichtenmittel, -Anlagen oder Sachen beschädigt oder vernichtet oder sie der Truppe entzieht, wird mit Gefängnis bestraft.

Art. 19. Wer eine Militärperson mit Bezug auf ihre dienstliche Stellung oder Tätigkeit öffentlich in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, sie verächtlich zu machen oder ihr Ansehen als Vorgesetzter zu untergraben, wird, auf Antrag, mit Gefängnis oder Buße bestraft. Hat der Beschimpfte durch ungebührliches Verhalten zu der Beschimpfung unmittelbar Anlaß gegeben, so kann der Richter von Strafe absehen.

Was fagen wir dazu?

Alles Wesentliche ist schon im letzten Hefte zur Vorläuferin dieser Aktion für die Umwandlung der Schweiz in ein faschistisches Zuchthaus gesagt worden. Es sei darum nur noch ein Punkt besonders hervorgehoben.

Die Spalte richtet sich diesmal deutlich gegen den *Antimilitarismus*, d. h. die einzige Form der Friedensbewegung, die man ernstlich fürchtet. Es geht, in concreto, gegen die „Neuen Wege“, den „Aufbau“, „Nie wieder Krieg“ und die Zentralstelle für Friedensarbeit, daneben vielleicht auch gegen die „Sentinelle“. Gearbeitet wird mit zwei Fiktionen perfidester Art.

Ich muß hier etwas nachfragen, was ich das letzte Mal, zu sehr annehmend, daß das „Kommunistengesetz“ den Lesern genau bekannt sei, verfäumt habe. Es steht darin der Passus:

„Die Bundesanwaltschaft wird in Verbindung mit den eidgenössischen Zollbehörden und der eidgenössischen Post- und Telegraphen- und Telephonverwaltung [!] beauftragt, die aus dem Ausland in die Schweiz eingeführten *kommunistischen, anarchistischen, antimilitaristischen und religionsfeindlichen* Presseorgane, Schriften und anderes Propagandamaterial dieser Art zu beschlagnahmen.“

Die Fassung dieser Stellen ist ohne Zweifel wohl überlegt und von einer bösartigen Berechnung diktiert. Wenn „antimilitaristische“ Literatur mitten zwischen „kommunistische“, „anarchistische“ und „religionsfeindliche“ gestellt wird, so soll damit der Schein erregt werden, daß der schweizerische Antimilitarismus selbst kommunistisch, anarchistisch und religionsfeindlich sei. Dem steht der dem Bundesrat nicht unbekannte wahre Sachverhalt gegenüber, daß der wichtigste Teil des schweizerischen Antimilitarismus direkt *religiös* begründet ist, aus dem Bekenntnis zu Christus fließt, daß er vom Kommunismus stets abgelehnt worden ist, daß er das Gegenteil jenes terroristischen „Anarchismus“ ist, den jedenfalls der Bundesrat im Auge hat, an den jedenfalls die unwissende Masse denkt, nämlich die Ablehnung der Gewalt, und sich, soweit er in Konflikt mit dem Staate gerät, viel mehr auf Vinet als auf Tolstoi stützt. Der Bundesrat weiß das, aber er will es nicht wissen.

Das zweite illoyale Mittel des Vorgehens gegen uns ist die Vorgabe, als hätten wir je zur Dienstverweigerung aufgefordert, wo wir doch nie etwas anderes getan,

als mit Vinet und der Bibel das Recht des *Gewissens* vertreten haben, die Grundlage des Protestantismus und der Demokratie. Aber die von den Herren Eugster und Pfenniger stets wieder aufgebrachte Verleumündung muß nun in ein „Bundesgesetz“. Man sieht förmlich, wie diese Artikel von ihnen und ihren Gefinnungsgenossen sozusagen bestellt sind.

Das Schweizervolk ist also vor die Frage gestellt, ob es in seiner Mitte den Kampf um den Frieden verbieten und verfolgen will.

Im allgemeinen aber gilt: *Es wird in diesen Wochen über Leben oder Sterben der Schweiz entschieden.*

Und auch das sei noch gesagt: Die Initiative zur Faschisierung der Schweiz geht im wesentlichen von der *römischen Kirche* aus. Sie steht im Dienste der vaticanischen Politik, welche den Kreuzzug gegen den Kommunismus für die Aufrichtung einer neuen Herrschaft ihres Systems benutzen will. Österreich ist das Vorbild, der Ständestaat das Lockbild. Motta, Etter, Musy und Pilet-Golaz (trotzdem dieser Protestant ist) gehorchen dieser Lösung. Sie halten die Gelegenheit für günstig. Der Geldfreisinn, dessen Hauptorgan die „*Neue Zürcher Zeitung*“ ist, schließt sich, geist leer und haßvoll wie er ist, an. Dazu das erschreckte, Gespenster sehende geistliche und weltliche Spießbürgertum, dessen Exponent Baumann sein mag. Aber Rom hat die Führung. Sollen Zwingli, Calvin, Vinet durchgestrichen sein? Sollen Weihrauchfaß und Geldsack, mit dem Maschinengewehr verbündet, die Schweiz regieren? Wollen wir Sklaven werden?

Ist ein ernsthafter *Widerstand* zu erwarten?

Unsere Hoffnung ist nicht groß. Zwar sind im Lande herum zahlreiche Demonstrationsversammlungen gegen die schon geschehene und die in Aussicht gestellte Diktatur-Aktion des Bundesrates veranstaltet und ist allerlei Gutes geschrieben worden, aber das alles lange nicht in dem Maß und Stil, daß es den abgebrühten Volksverächtern im Bundeshaus imponierte. Man wird einige Opposition machen, da und dort mag eine Spitze etwas abgebogen werden, aber am wenigsten bei den gegen uns gerichteten. Man wird pro forma einen Versuch machen, das „*Gesetz*“ vor das Volk zu bringen — ohne Erfolg. Und dann wird kommen, was kommen muß.

Von der *Sozialdemokratie* jedenfalls ist kein durchgreifender Widerstand zu erwarten. Außer von der *welschen* — aber wird sie die dafür nötige Energie aufbringen? Darauf kommt vieles an. Was aber die deutsch-schweizerische Partei anbelangt, so ist ihr Rückgrat gebrochen. *Wir stellen am Ende des Jahres 1936 die nicht kleine Tatsache fest, daß in diesem Jahre der schweizerische Sozialismus sich selbst aufgegeben hat.* Am sozialdemokratischen Parteitag in Zürich hat er sich noch einmal aufgerafft, aber er hat wieder nicht die Kraft gezeigt, die nötig gewesen wäre, um sich gegen den zähen Willen der Liquidatoren durchzusetzen. Diese haben sich sofort wieder ans Werk gemacht. Die *Richtlinienbewegung* hat diese Entwicklung abgeschlossen. Vorläufig existiert zum mindesten in der deutschen Schweiz kein Sozialismus mehr — außer in einer machtlosen Opposition. Die verkehrte Politik der *Kommunisten* mit ihrer Kapitulation hat leider nur zu einer im übrigen sehr unangebrachten Vermehrung sozialdemokratischer Sattheit und Selbstgerechtigkeit geführt. Der Sozialismus selbst ist nicht tot — er lebt in vielen Herzen und ist als *Möglichkeit* groß — aber er harrt der Auferweckung und der Auf erwecker.¹⁾

Auch die *Schweiz* ist in der gleichen Lage. Die Opposition gegen den Weg zum Faschismus ist groß, lebt, glaube ich, in der Mehrheit des Volkes, aber auch sie harrt der Führer, harrt der Organisierung zu neuen Formen. Sie tritt organisiert fast nur noch in der *Freigeldbewegung* und im *Freiheitskomitee* auf. Und selbstverständlich bei den Religiös-Sozialen und radikalen Pazifisten. Aber die sind alle zusammen eine kleine Minderheit.

Wir sind auf alles gefaßt. Aber wir erklären zweierlei: Es wird sich sehr täuschen, wer glauben sollte, daß wir uns irgendwie der vorhandenen und kom

¹⁾ Neuerdings haben Wahlen in *Schaffhausen* große sozialistische Erfolge gebracht, infolge einer Art Volksfrontbildung, doch hat das keine weitere Bedeutung.

menden Diktatur, der politischen und militärischen, auch nur einen Millimeter beugen werden. Im Gegenteil: Erst recht werden wir zur Wahrheit stehen, in Wort und Tat. Es wird auch in den „Neuen Wegen“ kein Wort geschrieben oder nicht geschrieben werden aus Rücksicht auf den Polizeiknüttel über uns. Darauf darf man sich verlassen. Wenn man uns aber mit Gewalt Rede und Schrift rauben will, nun, dann sind wir nicht so töricht, zu meinen, daß Geist durch Gewalt könne getötet werden. Im Gegenteil: *Das wird erst recht unsere Stunde sein.*

Die Schweiz aber befehlen wir der Barmherzigkeit Gottes!

10. Christmonat 1936.

Zum Frankfurter-Prozeß.

Soeben, erst nach Redaktionschluß, kommt die furchtbare Kunde von dem Churer Urteil über Frankfurter: *Achtzehn Jahre Zuchthaus* für eine Tat, für die nach berühmten Analogien sogar Freisprechung durchaus möglich gewesen wäre. *Zehn Jahre Zuchthaus* mit Ausicht auf frühere Begnadigung wäre wohl das Maximum gewesen, auf das, wenn man auf Freisprechung verzichten wollte (was wohl in jedem Fall das Richtigere war, so viel sich auch für das andere sagen ließe), eine menschliche Gerechtigkeit geben konnte, aber auch die Hälfte davon hätte genügt. *Wenn man nämlich bedenkt, daß die Schuldigen anderswo sind — was der Gesichtspunkt ist, unter den der ganze Prozeß hätte gestellt werden müssen.* Denn Frankfurter ist ein Opfer.

Ich stehe nicht an, dieses Urteil als ein katastrophales Unheil für die Schweiz, und nicht nur die Schweiz, zu erklären — ich fühle mich verpflichtet, es zu tun. Skandalös für das *schweizerische* Empfinden war schon die Prozeßführung: die Zulassung eines Mannes wie jenes Professor Grimm mit vierundzwanzig journalistischen Agenten Hitlers, alles wie eine Beaufsichtigung des „Gau des Schweiz“ durch das Dritte Reich, und das Benehmen dieser Leute, wie Grimms selber, ohne ein Wort der Rüge von Seiten des Gerichtspräsidenten. Skandalös für das *menschliche* Empfinden war die Haltung des amtlichen Anklägers: diese feindselige Voreingenommenheit eines Reaktionärs; diese Reinwaschung eines Gustloff, unter Berufung auf seine Reinwaschung durch Bundesrat Baumann, aber entgegen allen Tatsachen, verbunden mit einer Schlechtmachung des Angeklagten, dem, entgegen aller psychologischen Wahrscheinlichkeit, alles zum Bösen ausgelegt wird; dieser leider gelungene Versuch, aus einem *politischen Attentat* einen „gemeinen Mord“ zu machen. Skandalös endlich das *Urteil*, das diesem Anwalt reaktionärster Ueberzeugung folgt und nicht dem Rat des geistesfreien Verteidigers.

Elend ist die Fiktion, es handle sich um keinen *politischen*, sondern um einen *gemeinen Mord*. Ist diese gegen den offenkundigsten Sachverhalt verstößende Lösung etwa von *Bern* gekommen? Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt: „Das Gericht bringt mit seinem Urteil zum Ausdruck, daß für unser schweizerisches Rechte empfinden ein *politischer Mord* ein *Mord* bleibt, der grundfätzlich die volle Sühne nach den Normen des Gesetzes fordert.“ Dabei hat nicht nur vor nicht langer Zeit ein Laufanner Gericht einen politischen Mörder, der als Mensch weit unter Frankfurter steht, freigesprochen (aber damals war das Opfer ja ein Bolschewist!), sondern hat das gleiche Kantonsgericht in Chur vor kurzem eine Frau freigesprochen, die einen ungetreuen Liebhaber erschossen hatte. Wir wären also so weit, daß wir einen „*politischen Mörder*“ unvergleichlich höher bestrafen, weil er immerhin einer edlen Sache dienen wollte. (Denn *persönliche* Motive hatte Frankfurter keine.) Und auch das nicht zu vergessen: *Wilhelm Tell ist damit zum gemeinen Mörder erklärt, der achtzehn Jahre Zuchthaus hätte bekommen sollen.* Denn seine Tat war sicher ein „*politischer Mord*“.

Es ist das Urteil eines aus Reaktionären zusammengesetzten, vielleicht vom Geiste eines „Bündner Tagblattes“ oder gar eines „Aufgebot“ bestimmten Gerichtes. Ob und wie weit auch Wilhelm Hotel mitgewirkt hat, bleibe dahingestellt. Jedenfalls wird das Urteil zu einer Verbeugung vor Hitler, einer Aufmunterung zu weiterer Organisierung des „Gau des Schweiz“, aber zu einer Herabsetzung der

Schweiz in den Augen aller noch frei und menschlich Denkenden der ganzen Welt werden.

Es ist eine Schuld und ein Unheil. Ich schäme mich als Graubündner, daß dieses Urteil von Bündnern gefällt worden ist. Es ist ein Beitrag zur Vergiftung der Schweiz und ein Stück Untergrabung ihres Lebensrechtes. Schon ziehen die Nazi die nicht ganz unberechtigte Konsequenz daraus, daß ihre Organisation im „Gau Schweiz“ völlig in Ordnung sei und Gustloff einen Nachfolger bekommen müsse. Auch wollen sie auf eigene Faust weiter untersuchen, wer die „Hintermänner“ seien. „Denn“, sagen sie mit Recht (nur wissen sie selbst nicht, mit wieviel Recht!), „nicht Frankfurter allein ist schuldig.“ Die Schweiz hat mit diesem Urteil sich selbst ins Gesicht geschlagen; sie hat im besonderen die Pestatmosphäre des Antisemitismus gewaltig vermehrt.

Nur ein Lichtstrahl fällt in dieses Dunkel: das ist die Aktion *Doktor Curtis*, des Verteidigers. Daß dieser sich zur Verteidigung eines Mannes gestellt hat, der im wesentlichen ein Opfer Hitlers ist, dieser Mann, der noch vor kurzem als Vorsitzender des „Bundes für die Unabhängigkeit der Schweiz“ unter dem Zeichen des Alldeutschstums zu stehen schien, das ist eine hohe Ehre für ihn und für die Schweiz. Sein Umlernen im Alter und der bürgerliche Mut, den sein Einstehen forderte, sind ein Beispiel, das um so heller leuchtet, je seltener es geworden ist.

Eine Berichtigung.

Verehrter Herr Ragaz,

im Septemberheft der „Neuen Wege“ berichtet Herr Kappes, daß der Zionistenführer Weizmann die Balfour-Deklaration mit „seinen Giftgasen“ erkaufte habe. Herr Kappes beruft sich auf die Erzählung einer Frau, die es aus Weizmanns eigenem Munde habe. Darf ich Sie bitten, folgender Zurechtrückung des Sachverhaltes in den „Neuen Wegen“ Raum zu geben: Eine Unterhaltung zwischen jener Frau, deren damals noch lebendem Gatten und Dr. Weizmann hat in der Tat vor acht Jahren stattgefunden, und die dramatische Vorgeschichte der Balfour-Deklaration, soweit sie Weizmann betraf und er sie berichtet hatte, wurde Herrn Kappes von der Frau auch wirklich erzählt. Es war von Verdiensten Dr. Weizmanns um das kriegsführende England die Rede — er soll die Deklaration als Belohnung dafür bekommen haben — und auf die Frage, welcher Art wohl diese Verdienste gewesen sein mochten, tauchte die naheliegende Vermutung auf, Dr. Weizmann werde sich als Chemiker für das Land betätigt haben, das dem in frühester Jugend Vertriebenen heimatlichen Schutz gewährt. Im Zusammenhang damit mögen Giftgase erwähnt worden sein, aber durchaus als freilich naheliegende Vermutung. Betont wurde jedoch, daß Weizmann ausdrücklich direkte Angaben über die Natur seiner Leistung für England *vermieden* und in einer späteren Unterredung das Ehepaar erschüttert habe durch das leidenschaftliche Bekenntnis und den Glauben, daß das erste Beispiel eines Staates der absoluten Gewaltlosigkeit darzustellen Israels Sendung sei im wiedergewonnenen Heiligen Land.

Um jedem immerhin möglichen Mißverständnis noch weiter vorzubeugen: Von einer etwaigen Anwendung von Giftgasen gar in Palästina war vollends nicht die Rede, darauf spielt ja wohl auch Herr Kappes nicht an.

An die Abonnenten der „Neuen Wege“.

Der Vorstand und die Generalversammlung der Vereinigung der „Freunde der Neuen Wege“ sehen sich leider genötigt, den *Abonnementsspreis* für die „Neuen Wege“ für das kommende Jahr von Fr. 10.— auf Fr. 12.— zu erhöhen. Wir haben uns erst nach sehr gründlicher Prüfung der Verhältnisse zu diesem Schritt entschlossen und hoffen, bei unserer Leserschaft dafür Verständnis zu finden.